

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Willy Brandt, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, würdigt Kurt Conrad: Grundwerte und Traditionen verkörpert. Seite 1

Robert Antretter MdB widerlegt die Stuttgarter Landesregierung: Keinerlei Benachteiligung für Baden-Württembergs Bundesfernstraßenbau. Seite 3

Claus Arndt berichtet von der 5. Armand-Hammer-Konferenz: Die Sprachlosigkeit der Weltmächte überwinden! Seite 4

Hans-Werner Loew MdL beschreibt, wie wenig die Umsatzsteuer-Forderung von Bayerns Finanzminister von Sachkenntnis geprägt ist: Den Interessen des Landes nicht gedient. Seite 5

37. Jahrgang / 134

19. Juli 1982

Grundwerte und Traditionen verkörpert

Kurt Conrad leistete für die SPD zähe Aufbauarbeit

Von Willy Brandt MdB/MdEP

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Tod von Kurt Conrad bedeutet nicht nur für das Saarland einen herben Verlust, weil mit ihm einer der wichtigen Gestalter saarländischer Politik dahingegangen ist. Wir Sozialdemokraten verlieren mit ihm einen verlässlichen Freund und unermüdlichen Kämpfer für die Rechte der arbeitenden Menschen.

Die deutsche Sozialdemokratie verdankt Kurt Conrad sehr viel. Bereits mit 14 Jahren trat er der Gewerkschaft und dem Arbeiter-Turnverein bei und war im Alter von 16 Jahren an der Gründung der sozialistischen Jugendorganisation in seiner Geburtsstadt Homburg beteiligt. Als Achtzehnjähriger wurde er Mitglied der SPD.

Aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt, schloß er sich der Sozialdemokratischen Partei Saarland an, für die er 15 Jahre im saarländischen Landtag saß. Aber schon bald kam es zwischen ihm und dem damals dominierenden Teil seiner Parteifreunde zum Streit über die Zukunft des damals noch zu Frankreich gehörenden Saarlandes. Vehement widersprach er allen Autonomiebestrebungen seiner Partei, trat aus ihr aus und gründete 1952 die deutsch-



orientierte Sozialdemokratische Partei im Saargebiet. Dieser Partei wurde jedoch die Genehmigung zur politischen Betätigung untersagt, und so mußte Kurt Conrad in der Illegalität gegen eine sogenannte "Europäisierung" des Saarlandes kämpfen. Gemeinsam mit anderen hatte er Erfolg: Das Saarstatut wurde mit überwältigender Mehrheit abgelehnt.

Jetzt begann die zähe Aufbauarbeit der saarländischen SPD, die Kurt Conrad in seinen zahlreichen Aufgaben als Minister, Abgeordneter im Landtag, im Bundestag und im Europäischen Parlament mit Nachdruck und Erfolg vorantrieb. Die Wahlerfolge belegen das - innerhalb von 15 Jahren brachte es die SPD dort von 14 auf 40 Prozent. Ohne seinen unermüdlichen Fleiß, seine sachliche und auf Ausgleich bedachte Politik wäre dies sicherlich nicht möglich gewesen.

Kurt Conrad war ein Sozialdemokrat der ersten Stunde, ein Mann, der sozialdemokratische Grundwerte und Traditionen verkörperte und weitertrug. Die eigene Person stellte er stets hinter die Sache zurück. Seine Leistungen sind unauswischbar. Unser Dank gilt einem untadeligen Sozialdemokraten und guten Freund.

(-/19.7.1982/ks/ca)

+ + +

Berichtigung

In unserer Ausgabe vom 14. Juli schrieben wir unter anderem von einem "Arbeitskreis zum Studium internationaler Fragen des CSU-Bundestagsabgeordneten Stauffenberg". Dieser Darstellung ist die CSU-Landesgruppe entgegen getreten: Der CSU-Bundestagsabgeordnete Franz Ludwig Graf Stauffenberg habe mit dem genannten Arbeitskreis nichts zu tun. Hier liege lediglich eine Namensgleichheit vor.



CDU-Landesregierung ist widerlegt
-----**Keinerlei Benachteiligung Baden-Württembergs im Bundesfernstraßenbau**

Von Robert Antretter MdB

Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Punkt für Punkt hat die Bundesregierung die Vorwürfe südwestdeutscher CDU-Politiker widerlegt, Baden-Württemberg werde beim Bundesfernstraßenbau benachteiligt. Die Bundesregierung weist eindeutig nach, daß Baden-Württemberg leider nicht in der Lage gewesen ist, alle Maßnahmen des 2. Fünfjahresplans 1976 bis 1980 baureif zu machen. Infolgedessen sind Mittel, die für unser Land vorgesehen waren, in andere Länder abgeflossen.

In der Hauptsache wurde das Geld für die Autobahnmodernisierung nicht abgerufen. Zum Beispiel ist die CDU-Landesregierung auf der gesamten Strecke der A 8 von Stuttgart bis zum Altbauaufstieg mit der Planung nicht weitergekommen. Bedauerlicherweise ist es auch nicht möglich gewesen, diese Mittel in den Bundesstraßenbereich fließen zu lassen, da auch hier häufig die planerischen Voraussetzungen fehlten.

Der Sollansatz für Bundesstraßen in Baden-Württemberg ist beispielsweise im 2. Fünfjahresplan bei 1,27 Milliarden gelegen, die realen Ist-Ausgaben beliefen sich jedoch nur auf einen Betrag von 1,22 Milliarden DM. Das heißt, es sind rund 50 Millionen DM im Bundesstraßenbereich nicht ausgegeben worden. Es wäre also gar nicht möglich gewesen, auch noch das Geld aus nicht abgeflossenen Modernisierungsmitteln zu verbauen. Als Beispiele sei hier auf die B 29 (Umgehung Schorndorf), die B 27 (Stuttgart - Tübingen) und die B 14 (Winnenden-Süd bis Backnang) verwiesen, für die alle noch keine Unterlagen seitens des Landes vorliegen.

Für die Autobahn Würzburg - Ulm (A 7) hat das Land lediglich einen Entwurf für den Zeitraum 1981 bis 1985 (3. Fünfjahresplan) geliefert. Und zwar ohne Ansätze für die A 7 nördlich Heidenheim. Die Einzelmaßnahmen, die nach Vorstellung der CDU-Landesregierung bis 1986 hätten begonnen werden sollen, waren im Entwurf für den 3. Fünfjahresplan mit 195 Millionen DM vorgesehen. Ziemlich genau dieser Betrag (rund 190 Millionen DM) wird jedoch in den Jahren 1981 bis 1985 für die im Beitrag des Landes nicht eingeplante A 7 nördlich Heidenheim benötigt.

Falsch ist auch die Behauptung, der Bundesverkehrsminister wolle für die Fertigstellung der A 7 nur 20 Millionen DM übernehmen. Tatsache ist, daß der Bund die gesamten noch anstehenden Kosten für die A 7 nördlich Heidenheim in Höhe von rund 485 Millionen DM trägt.

Wenn die CDU von Kürzungen im Straßenbau spricht, so verschweigt sie wohlweislich, daß im Zeitraum von 1980 bis 1982 die Mittel für den Landesstraßenbau in Baden-Württemberg um 21 Prozent zurückgegangen sind. Sie verschweigt außerdem, daß das Investitionsniveau im Aufgabenbereich des Bundesministers für Verkehr von 1980 bis 1982 trotz aller Schwierigkeiten etwa auf dem Niveau von fast zwölf Milliarden DM hat gehalten werden können.

Mit ihrer säumigen Verkehrspolitik haben es die baden-württembergischen CDU-Landespolitiker zu verantworten, daß wichtige Straßen-Projekte verspätet abgewickelt werden und daß in der konjunkturell erheblich gebeutelten Bauwirtschaft Arbeitsplätze verlorengehen. Gerade die südwestdeutschen Christdemokraten, die immer dann das Klagegeld vom Investitionsstau anstimmen, wenn es gilt, auch ökologische Erfordernisse zu beachten, hätten hier ein gutes Beispiel geben können im Sinne von sicheren Arbeitsplätzen und von Aufträgen für die mittelständische Industrie. (-/19.7.1982/ks/ca)

+ + +



Die Sprachlosigkeit der Weltmächte überwinden!

Zur 5. Armand-Hammer-Konferenz "Friede und Menschenrechte" in Hyde Park bei New York

Von Dr. Claus Arndt (Hamburg)

Als sich in der ersten Julihälfte in Hyde Park im Staate New York zum fünften Male Persönlichkeiten aus zwei Dutzend Staaten aller Kontinente zur Armand-Hammer-Konferenz "Friede und Menschenrechte" trafen, zeigte schon die Teilnehmerliste eine bedeutsame Verschiebung der Akzente gegenüber früheren Treffen dieser Art an: Die beiden Supermächte USA und UdSSR waren nicht mehr durch Personen mit unmittelbarer politischer oder administrativer Verantwortung, sondern durch Wissenschaftler vertreten, die sich mit Fragen der Politologie oder der Menschenrechte befassen. Allein Senator Jennings Randolph (Westvirginia), ein Veteran dieser Zusammenkünfte, blieb die Ausnahme. So demonstrierte diese Konferenz in bedauernder Deutlichkeit, wie sehr - nicht zuletzt aufgrund der Politik der Reagan-Administration - zur Zeit noch immer gegenseitige Sprachlosigkeit das Verhältnis der beiden mächtigsten Staaten der Erde beherrscht.

Außer den Genfer und Wiener Abrüstungsgesprächen gibt es nicht nur keine neuen Kontakte mehr. Es werden vielmehr sogar bestehende Verbindungen noch immer weiter abgebaut. So mußte auch die Armand-Hammer-Konferenz in diesem Jahr einen nicht unbedeutenden Substanzverlust hinnehmen, war sie doch bei früheren Treffen Forum wichtiger Kontakte besonders der Supermächte gewesen. Der einzige politisch bedeutsame Akzent 1982 war der dringliche Appell Armand Hammers selbst, der Breschnew und Reagan (bei denen er im letzten Jahr persönlich vorstellig geworden war) ebenso nachdrücklich wie eindrucksvoll aufforderte, einander so bald wie möglich zu treffen. In Anknüpfung an ein Zitat Lester Pearsons ("Wie können wir Frieden haben, wenn wir nicht miteinander sprechen und einander nicht kennen?") verlangte Hammer von beiden Präsidenten, einen Modus vivendi ihrer Staaten und Ideologien herzustellen, damit die unverantwortliche Diskrepanz von Rüstungsausgaben und Hunger in der Welt beendet und der Friede gesichert werde.

Aber auch bei der anderen Hauptzielsetzung der Konferenz, die sich aus ihrer offiziellen Tagesordnung - Schaffung 1) eines dritten Menschenrechtspaktes, 2) einer Charta der Pflichten der Menschen - duties of men - und 3) einer Akademie der Menschenrechte - ergab, zeigten sich nicht unerhebliche Probleme und Differenzen. Vor allem von Richtern internationaler Gerichtshöfe wurden Bedenken gegen einen Pflichtenkatalog erhoben, während andere eine solche Charta verteidigten. Ostblockdelegierte, die sich nachdrücklich für eine Pflichtencharta einsetzten, beanstandeten ihrerseits, daß im Namen der allgemein befürworteten Akademie das bisher das Thema der Armand-Hammer-Konferenzen mitbestimmende Wort "Friede" fehle.

So bedauerlich der aktuell-politische Substanzschwund dieses Forums war und ist, so bleibt es doch begrüßenswert, daß es auch 1982 und auf dem Boden der USA gelang, diese Plattform multilateraler Gespräche zu erhalten, bei denen sich Persönlichkeiten aller Weltlager im Disput begegnen können. Es wäre wertvoll, wenn 1983 in Salzburg die 6. Armand-Hammer-Konferenz auch von amerikanischer und sowjetischer Seite wieder so beschickt würde, daß sie neben ihren Arbeitsthemen auch ihre alte Funktion als Clearingstelle der Weltmächte wiedererlangte. Den beiden Kopräsidenten, dem österreichischen Außenminister Pahr und dem ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Faure, ist zu wünschen, daß sie bei ihren entsprechenden Bemühungen Erfolg haben. Dies würde auch dem Vermächtnis Franklin Delano Roosevelts entsprechen, zu Ehren dessen 100. Geburtstag die Konferenz sich an seinem Geburtsort Hyde Park bei New York versammelt hatte.

(-/19.7.1982/ks/ca)

+ + +



Den Interessen Bayerns nicht gedient

Des Finanzministers Umsatzsteuer-Forderung von wenig Sachkenntnis geprägt

Von Hans Werner Loew MdL

Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag

Von wenig Sachkenntnis über die finanziellen Verflechtungen zwischen Bund und Ländern ist die Stellungnahme von Finanzminister Streibl zur Beschlußfassung über den Bundeshaushalt '83 durch das Bundeskabinett geprägt. Streibl hatte in seiner Presseerklärung gefordert, daß der Bund den Ländern einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer einräumen müsse, weil die vom Bund mit zu verantwortende Wirtschaftslage direkt auf die Haushalte der Länder und Kommunen durchschlage.

Damit werden wieder einmal die alten Widersprüche in der CSU-Finanzpolitik aufgewärmt. Denn nachdem gerade von der bayerischen Staatsregierung jede Ausgabekürzung des Bundes, die die Länder betreffen könnte, vehement abgelehnt wird, gleichzeitig eine energische Reduzierung der Kreditaufnahme des Bundes gefordert wird, sollen nun auch noch die Steuereinnahmen des Bundes beschnitten werden. Wie mit solchen, sich gegenseitig widersprechenden Forderungen ein Haushaltsausgleich herbeigeführt werden soll, bleibt das Geheimnis des bayerischen Finanzministers.

Zum anderen ist das Argument von Streibl, den Ländern würde in der jetzigen Wirtschaftslage ein höherer Anteil an der Umsatzsteuer zustehen, geradezu eine Verkehrung der Situation. Denn es ist unbestritten, daß der Bund, sowohl was die Ausfälle bei den Steuereinnahmen betrifft, besonders aber bei den Zuschüssen an die Bundesanstalt für Arbeit und die anderen Sozialversicherungsträger, die finanzielle Hauptlast der gegenwärtigen Wachstums- und Konjunkturschwäche zu tragen hat.

Dazu kommt als weiteres Handicap für den Bund, daß sich sein Anteil am gesamten Steueraufkommen im Vergleich zu den Anteilen von Ländern und Gemeinden seit zehn Jahren ständig verringert hat. So hatte der Bund 1970 noch einen Anteil von über 53 Prozent an den gesamten Steuereinnahmen, 1981 hingegen nur noch 48,7 Prozent. Bei den Ländern und Gemeinden verlief die Entwicklung genau umgekehrt (Länderanteil 1970: 34 Prozent, 1981: 35,6 Prozent). Diese Entwicklung - Verschlechterung des Anteils des Bundes, Verbesserung der Länder- und Gemeindeanteile - dürften nach Ansicht des Arbeitskreises Steuer-schätzung, eines parteineutralen Bund-Länder-Gremiums, bis 1986 unvermindert anhalten. Die Hauptursachen für den zurückgehenden Anteil des Bundes an den Steuereinnahmen sind darin zu sehen, daß die Länder und Gemeinden über dynamischere Steuern verfügen als der Bund (so zum Beispiel ist der Länder- und Gemeindeanteil an der Einkommensteuer deutlich höher als der Bundesanteil), daß auf den Bund in den letzten Jahren zunehmend internationale Verpflichtungen zugekommen sind (so ist zum Beispiel der Anteil der EG am deutschen Steueraufkommen zu Lasten des Bundesanteils immer größer geworden), daß der Bund an die finanzschwachen Länder (wozu auch Bayern gehört) in wachsendem Maße Ergänzungszuweisungen geleistet hat.

Bayerns Interessen werden nicht dadurch vertreten, daß der Finanzminister des Freistaats nicht begründbare Forderungen stellt, die nur dazu dienen sollen, die Bundesregierung finanzpolitisch in die Enge zu treiben. Auch die unverhüllte Drohung Streibls, daß der Bundeshaushalt 1983 von der Unionsmehrheit im Bundesrat blockiert wird, wenn die Forderung nach einem höheren Umsatzsteueranteil für die Länder nicht erfüllt wird, zeigt den parteipolitischen Charakter Streibl'scher Aussagen.

Streibl neigt offensichtlich mehr zu politischer Erpressung des Bundes als zu kooperativer Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern.

Wenn Streibl eine Verbesserung der Länderfinanzen anstrebt, dann sollte er realistische und realisierbare Vorschläge unterbreiten. Streibl steht nichts im Wege, seinen Kollegen im Wirtschaftsministerium zu drängen, die sogenannten Windfall-Profits durch eine Erhöhung des staatlichen Förderzinses auf die heimische Erdöl- und Erdgasförderung abzuschöpfen. Ferner sollte er sich dafür einsetzen, daß die Einnahmen aus diesem Förderzins, die vor allem in Niedersachsen in erheblichem Umfang zu Buche schlagen, in den Länderfinanzausgleich einbezogen werden. Denn dadurch würde sich voraussichtlich die Position Bayerns im Länderfinanzausgleich verbessern. (-/19.7.1982/ks/ca)